

61

Abgeordnete und Senatoren haben am 19. Oktober 2003 im spanischen Parlament die Einstellung des Verfahrens gegen die baskische Zeitung „Euskaldunon Egunkaria“ gefordert.

„Die Schließung bedeutet einen drastischen Eingriff in die Meinungs- und Pressefreiheit (...) einen Angriff auf die Informationsvielfalt, aufs Recht der Entwicklung der baskischen Kultur und Strafe. Überdies war es, wegen der erlittenen Folter, auch ein Angriff auf die Menschenrechte.“

Theo van Boven, UN-Sonderberichterstatter über Folter (2001–04)

22

Abgeordnete des EU-Parlaments forderten ebenso die Einstellung des „Egunkaria“-Verfahrens. Sie kamen aus den Gruppen: Unabhängigkeit und Demokratie, Europäische Linke, Grüne, Allianz der Europäischen Liberalen und Demokraten.

**BASKEN-ZEITUNG**

# Erst gefoltert und dann vor den Kadi zitiert

**SPANIEN:** Gegen „Euskaldunon Egunkaria“ Verfahren wegen Schließung der Zeitung und wegen mutmaßlicher Finanzvergehen – Midas klärt international auf

**MADRID (gp).** Kaum zu glauben: Staatliche Stellen haben in Spanien die Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“ geschlossen – das Sprachrohr der baskischen Minderheit. Ab 15. Dezember sehen sich die Konfliktparteien vor Gericht wieder. Hier die Hintergründe und gerichtlichen Zusammenhänge:

„Euskaldunon Egunkaria“ („Die Baskischsprachige Tageszeitung“) wurde 1990 gegründet. Sie war damals die einzige Tageszeitung, die vollständig in baskischer Sprache verlegt wurde. Sie tat alles, um unabhängig, pluralistisch, progressiv und baskisch zu sein und förderte so die baskische Sprache und Kultur. Der Verlag selbst war 1990 mit Finanzbeiträgen von 1500 Teilhabern gegründet worden.

Im Februar 2003 ließ der Nationale Gerichtshof die Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“ schließen und zehn Personen verhaften. Fünf von ihnen haben dann angegeben, in der Zeit der Kontaktsperre in den Händen der Guardia Civil gefoltert worden zu sein. Insgesamt betrug die Dauer ihrer Untersuchungshaft 30 Monate. Die Inhaftierten wurden bezichtigt, Mitglieder der baskischen Untergrundorga-



Blick in den Redaktionsraum der einst einzigen baskischen Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“

nisation ETA zu sein. Dafür gibt es ihrer Ansicht nach weder Hinweise noch Beweise. Im Oktober 2003 kam es im Kulturpark Martin Ugalde erneut zu einer Aktion der Guardia Civil gegen Verlagsangestellte von Egunkaria. Acht Mitarbeiter wurden verhaftet und in Kontaktsperre genommen. Tage später wurde – auf Anordnung des Na-

tionalen Gerichtshofs – Egunkaria-Anwalt Eneko Etxeberria, verhaftet und unter Isolationshaft gestellt.

Von diesen acht Verhafteten werden nun zwei im Schließungsverfahren angeklagt und drei von ihnen werden Finanzdelikte vorgeworfen (dazu kommen weitere drei Verwaltungsangestellte, denen auch Finanzde-

likte vorgeworfen werden, die aber niemals verhaftet wurden).

## Zwei Verfahren

Somit werden derzeit zwei Verfahren gegen „Egunkaria“ angestrengt: eines wegen der Schließung und ein weiteres wegen mutmaßlicher Finanzvergehen.

In Bezug auf die Schließung hat sogar die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens gefordert, weil keine Beweise für die Anschuldigungen existieren. Es liegt nämlich keine Anzeige einer geschädigten Person oder Vereinigung vor; trotzdem hat der Nationale Gerichtshof entschieden, das Hauptverfahren zu eröffnen; es beruht einzig auf einer „Volks-

anklage“ der „Asociación Víctimas del Terrorismo“ („Vereinigung der Terrorismusopfer“) und von „Dignidad y Justicia“ („Würde und Gerechtigkeit“). Die beiden Vereinigungen fordern nun Strafen zwischen zwölf und 14 Jahren. Die Folge: Nebenküßler werden zum Hauptkläger gemacht, weil es diesen nicht gibt – eine Vorgehensweise, die sonst von Gerichten nicht zugelassen wird. Das Gerichtsverfahren findet ab kommenden Dienstag in Madrid statt.

Der Zeitpunkt für das Verfahren wegen mutmaßlicher Finanzvergehen steht noch nicht fest. In diesem Fall werden acht Personen angeklagt, von denen drei auch im Schließungsverfahren angeklagt sind. Ihnen werden Bilanzfälschung und Steuerhinterziehung vorgeworfen.

## Midas setzt sich massiv ein

Die Europäische Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (Midas) ist seit der gewaltsamen Schließung der baskischen Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“ massiv aktiv geworden und hat das Problem international thematisiert – mit zahllosen Artikeln in den Mitgliedsstaaten, Internet-Aktionen und mit einer Petition aus Europäische Parlament, nicht tatenlos zuzusehen.



Nach der Schließung gab es im Baskenland und darüber hinaus zahlreiche Solidaritätsbekundungen. gp

## Beantragt: 184 Jahre Haft – 235 Mio. Euro Buße

**MADRID (gp).** Insgesamt werden für die Angeklagten eine Gesamtstrafe von 184 Jahren Haft sowie eine Gesamtgeldstrafe von 235 Mio. Euro gefordert. Nachstehend die Angeklagten sowie die geforderte Bestrafung:



**Martxelo Otamendi:** Chefredakteur Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 14 Jahre Haft, 15 Jahre Berufsverbot und Entzug der Bürgerrechte



**Joan Mari Torrealdai:** Präsident des Verwaltungsrats der Firma Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 26 Jahre und vier Monate Haft und 32.891.200 Euro Geldstrafe  
• Er ist auch im Verfahren wegen der Schließung angeklagt; beantragt wurden: 14 Jahre Haft, 15 Jahre Berufsverbot und Entzug der Bürgerrechte



**Iñaki Uribe:** Vizepräsident des Verwaltungsrats der Firma Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 26 Jahre und

vier Monate Haft sowie 32.891.150 Euro Geldstrafe  
• Er ist auch im Verfahren wegen der Schließung angeklagt; beantragt wurden: 14 Jahre Haft, 15 Jahre Berufsverbot und Entzug der Bürgerrechte



**Txema Auzmendi:** Verwaltungsratssekretär von Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 26 Jahre und vier Monate Haft und 32.891.150 Euro Geldstrafe  
• Er ist auch im Verfahren wegen der Schließung angeklagt; beantragt wurden: 14 Jahre Haft, 15 Jahre Berufsverbot und Entzug der Bürgerrechte



**Joxe Mari Sors:** Verwaltungsratsmitglied von Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 26 Jahre und 4 Monate Haft und 32.891.150 Euro Geldstrafe



**Ainhoa Albisu:** Verwaltungsmitarbeiter der Firma Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 26 Jahre und vier Monate Haft sowie 32.891.150 Euro Geldstrafe



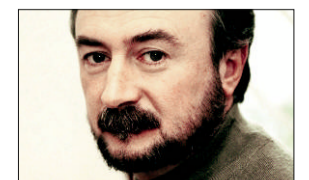
**Mikel Sorozabal:** Verwaltungsmitarbeiter der Firma Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 21 Jahre und neun Monate Haft und 27.265.727 Euro Geldstrafe



**Begoña Zubelzu:** Verwaltungsmitarbeiterin von Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 17 Jahre und zwei Monate Haft und 21.640.933 Euro Geldstrafe



**Fernando Furundarena:** Verwaltungsmitarbeiter von Egunkaria  
• Beantragte Strafe: 13 Jahre und drei Monate Haft und 21.167.546 Euro Geldstrafe



**Xabier Oleaga:** Vizechefredakteur Egunkaria  
• Beantragte Strafe: zwölf bis 14 Jahre Haft, 14 Jahre Berufsverbot, Entzug der Bürgerrechte.